Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/4056

22. 02. 89

Sachgebiet 20

Beschlußempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuß)

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 11/2243 —

Forderungen zur Situation der Polizeien in Bund und Ländern

A. Problem

Der Antrag verfolgt unter I. das Ziel, die tatsächliche Situation der Polizei insgesamt zu verbessern. Er geht u. a. davon aus, daß die Polizei zunehmend in das Spannungsfeld öffentlicher Auseinandersetzungen und gesellschaftlicher Konflikte hineingezogen wird und dadurch für viele Bürger unseres Staates als politischer Gegner und nicht selten als Objekt des Unmuts und der Aggression erscheint.

Er bittet deshalb den Deutschen Bundestag unter I. 2., folgende Forderungen zu unterstützen, nämlich

- die allgemeine berufliche und dienstlich bezogene Ausbildung der Polizei fortzuentwickeln und zu verbessern,
- sicherzustellen, daß die Polizeibeamten z. B. durch Konfliktbewältigungs- und Kommunikationstraining auf die besonderen psychologischen Belastungen, die sich bei Großdemonstrationen ergeben können, vorbereitet werden,
- eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der Polizeikräfte sicherzustellen, insbesondere bei allen vorhersehbaren sowie lang andauernden Einsätzen, wie z. B. an der Startbahn-West,
- den Rechtsschutz zu verbessern.

Wegen der Steigerung der an die Polizeien gerichteten Anforderungen hält der Antrag es für dringend geboten, daß die Bundesregierung durch eine bessere Finanzausstattung der Länder die Voraussetzungen dafür schafft, daß der Polizeidienst leistungsgerecht und berufsangemessen bewertet wird und daß insbesondere

den besonderen Problemen des Wach- und Wechselschichtdienstes begegnet werden kann.

Der Antrag richtet unter II. an die Bundesregierung die Aufforderung sicherzustellen, daß der Grenzschutzeinzeldienst über die Konsequenzen (neue dienstliche Verwendung und Verlegung des Dienstortes), die sich aus dem Abbau der Grenzkontrollen innerhalb der EG (Schengener Abkommen) ergeben, frühzeitig und umfassend informiert wird und soziale Härten nicht entstehen.

B. Lösung

Der Ausschuß stimmt den in I. 2. und in II. des Antrags gestellten Forderungen zu. Die in dem Antrag getroffenen Feststellungen teilt der Ausschuß nicht.

Mehrheitsbeschluß im Ausschuß bei Ablehnung durch die Fraktion DIE GRÜNEN

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 11/2243 — in folgender geänderter Fassung anzunehmen:

„1. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Forderungen,

- die allgemeine berufliche und dienstlich bezogene Ausbildung der Polizei fortzuentwickeln und zu verbessern,
- sicherzustellen, daß die Polizeibeamten z. B. durch Konfliktbewältigungs- und Kommunikationstraining auf die besonderen psychologischen Belastungen, die sich bei Großdemonstrationen ergeben können, vorbereitet werden,
- angemessene Unterbringung und Versorgung der Polizeikräfte sicherzustellen, dies gilt insbesondere bei allen vorhersehbaren sowie lang andauernden Einsätzen,
- den Rechtsschutz zu verbessern.

2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, den Grenzschutzeinzeldienst über die Konsequenzen (neue dienstliche Verwendung und Verlegung des Dienstortes), die sich aus dem Abbau der Grenzkontrollen innerhalb der EG (Schengener Abkommen) ergeben, umfassend zu informieren und soziale Härten nicht entstehen zu lassen."

Bonn, den 25. Januar 1989

Der Innenausschuß

Bernrath	**Clemens**	**Graf**	**Dr. Hirsch**	**Frau Dr. Vollmer**
Vorsitzender	Berichterstatter			

Bericht der Abgeordneten Clemens, Graf, Dr. Hirsch und Frau Dr. Vollmer

1. Zum Ablauf der Beratungen

Der Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 11/2243 wurde in der 101. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. Oktober 1988 an den Innenausschuß federführend und an den Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Der Haushaltsausschuß hat den Antrag in seiner Sitzung vom 10. November 1988 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN mehrheitlich abgelehnt.

Der Innenausschuß hat die Vorlage in seiner Sitzung vom 25. Januar 1989 beraten.

In der Abstimmung hat der Ausschuß den Antrag der Fraktion der SPD in der Fassung der Drucksache 11/2243 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP und der Fraktion DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt und sodann dem Antrag in der durch den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gefaßten Form mit deren Stimmen und den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE GRÜNEN zugestimmt.

2. Zur Begründung

Der Ausschuß hat den in dem Antrag der Fraktion der SPD erhobenen Forderungen zu I. 2. und II. in der Form des von den Koalitionsfraktionen gestellten Änderungsantrags zugestimmt. Er ist insoweit insbesondere der Auffassung, daß die allgemeine berufliche und dienstlich bezogene Ausbildung der Polizei fortentwickelt und verbessert werden muß. Er fordert sicherzustellen, daß die Polizeibeamten durch entsprechendes Training auf die besonderen psychologischen Belastungen, die sich bei Großdemonstrationen ergeben können, vorbereitet werden. Schließlich tritt er für eine angemessene Unterbringung und Versorgung von Polizeikräften, vor allem bei allen vorhersehbaren sowie lang dauernden Einsätzen, ein.

Der Ausschuß fordert im Hinblick auf die Veränderungen, die zunächst durch das Schengener Abkommen und dann in einem weiteren Schritt durch den EG-Binnenmarkt mit dem Abbau der Grenzkontrollen auf den Grenzschutzeinzeldienst, aber auch auf den Zoll zukommen werden, seit längerem Klarheit für die Bediensteten dieser beiden Bereiche. Er ist aus Gründen der Fürsorgepflicht der Auffassung, daß die Verschiebung der Grenzkontrollen auf gemeinsame Außengrenzen bei der weiteren Verwendung nicht zu einer zweimaligen Versetzung eines Beamten führen darf. Der Ausschuß wird sich in Verfolg dieser von ihm als drängend angesehenen Thematik deshalb in einer seiner nächsten Sitzungen erneut über das von der Bundesregierung vorgesehene Konzept, das ein Gesamtkonzept für Grenzschutzeinzeldienst und Zoll sein muß, unterrichten lassen und darüber beraten.

Seitens der Koalitionsfraktionen ist im Hinblick auf die in dem Antrag der Fraktion der SPD gewünschten Feststellungen zur Rolle der Polizei in der Gesellschaft zunächst eine Vermischung von Effekthascherei und allgemeiner Politik kritisiert worden. Er ist insbesondere der Auffassung widersprochen worden, daß es ein Spannungsverhältnis zwischen Polizei und Bürgern gebe; ein solches gebe es allerdings sicher zwischen „Chaoten" und der Polizei. Umfragen bestätigten, daß die Polizei das Vertrauen der Bürger genieße. Es ist allerdings relativierend darauf hingewiesen worden, daß es Umfragen gebe, die das Image der Polizei bei den Bürgern je nach Einsatzsituation unterschiedlich aussehen lasse.

Seitens der Fraktion der SPD ist betont worden, daß der Antrag auf Drucksache 11/2243 seinerzeit eingebracht worden sei, um die tatsächliche Situation der Polizei zu verbessern. Sie hat bedauert, daß die Koalitionsfraktionen die getroffenen Feststellungen nicht teilen.

Die Fraktion DIE GRÜNEN, die den Antrag in beiden Fassungen abgelehnt hat, hat in dem Antrag auf Drucksache 11/2243 einen Lobbyantrag der Fraktion der SPD für die Gewerkschaft der Polizei gesehen. Unter Hinweis auf die Ausführungen in der 1. Lesung hat sie die Begründung des Antrags als dürftig bewertet. Sie hat darauf hingewiesen, daß es bei der Polizei an Demokratisierung fehle, wie sie z. B. die Fraktion DIE GRÜNEN in ihrem Antrag „Allgemeine namentliche Kennzeichnung von Polizeibeamten" — Drucksache 11/2001 — fordere. Sie sei gegen eine Stellenausweitung bei der Polizei wie auch gegen eine Ausweitung ihrer Tätigkeitsfelder, befürworte aber eine bessere soziale Absicherung der Polizeibeamten.

Bonn, den 27. Januar 1989

Clemens **Graf** **Dr. Hirsch** **Frau Dr. Vollmer**

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333